

ROTER FÄCHER

Stadtzeitung der DKP Karlsruhe



März
2021



Inhalt // Kooperation und Frieden statt Konfrontation und Kalter Krieg S. 1 // Die Nebenwirkungen der Pharmakonzerne S. 2-3 // Kämpfer gegen die Armut? S. 4 // Deutsche Weltmacht-Fantasien in Fernost S. 5 // Pandemie - Die Chaos hat System S. 6-7 // Universitäten forschen für den Krieg S. 8 // Historisches: Aufruf KPD aus dem Jahr 1958 S. 8 //

Kooperation und Frieden statt Konfrontation und Kalter Krieg

Die Staatsausgaben für Rüstung und Krieg steigen weiter. Im Rahmen der NATO sollen sich die Militärausgaben bis 2024 nahezu verdoppeln. Für 2021 meldete die Bundesregierung einen neuen Rekord an die NATO-Zentrale: 53 Milliarden Euro fließen in die Kriegskasse des Militärbündnisses.

Die westlichen Staaten kämpfen gegen den Verlust ihrer Vorherrschaft im Weltmaßstab. Die Bundesregierung forciert die Aufrüstung der Bundeswehr und der EU, um gemeinsam mit NATO und EU die Eindämmung Russlands und Chinas voranzutreiben.

Dieser neue Kalte Krieg bedroht den Frieden und die Sicherheit der übergroßen Mehrheit der Menschen. Europa kann zum Zentrum eines atomaren Schlachtfelds werden.

Das Geld, das in die Rüstung fließt, fehlt in allen Bereichen des sozialen Lebens – im Gesundheits-, Bildungs-, Verkehrsbereich und in der Kultur- und Jugendarbeit.

**RAUS AUS DER NATO
FRIEDEN MIT CHINA UND RUSSLAND**

Ostermarsch 2021

am Samstag, 3. April um 12 Uhr Arnulf-Klett-Platz
vor dem Hauptbahnhof Stuttgart.

Geneinsame Anfahrt ab Hauptbahnhof Karlsruhe:
IRE 10:33 Uhr.

Aktuelle Informationen und Änderungen unter
www.friedensnetz.de

Die Nebenwirkungen der Pharmakonzerne

Vor einigen Jahren erklärten die großen Pharmakonzerne, dass sie sich aus der Impfstoff- und Antibiotikaentwicklung zurückziehen wollen, aus wirtschaftlichen Gründen (sprich: Profitgründen). Auch an der Entwicklung von Impfstoffen gegen Coronaviren, die mit SARS seit 2002 zirkulieren, zeigten die Pharmakonzerne kein Interesse, obwohl verschiedene Staaten und die EU mit hunderten von Millionen \$ und € die Entwicklung fördern wollten. Ohnehin betrieben im Wesentlichen nur noch öffentlich finanzierte Institutionen, vornehmlich Universitäten, die Grundlagenforschung auch für solche Impfstoffe.

Nachdem diese Grundlagenforschung einen Reifegrad erreicht hatte, dass damit die Ausentwicklung konkreter Impfstoffe für die industrielle Produktion möglich schien, haben sich an verschiedenen Universitäten Wissenschaftler zu Ausgründungen von Firmen entschlossen, um die kommerzielle Nutzung der Forschungsergebnisse zu erreichen. So gingen z.B. die Firmen Biontech aus der Uni Mainz, Curevac aus der Uni Tübingen hervor. Schon war damit privates Kapital beteiligt in der Hoffnung auf Profit, aber die Firmen leisteten noch Forschungs- und Entwicklungsarbeit.

Als mit Beginn des Jahres 2020 das SARS-CoV-2 Virus sich zur weltweiten Pandemie ausbreitete, begannen diese Firmen auf der Grundlage ihrer Forschungsergebnisse mit der Entwicklung von Vakzinen gegen dieses Virus, nicht nur auf eigene Rechnung, sondern wieder gefördert durch öffentliche Gelder in Millionenhöhe. Biontech z.B. erhielt 375 Mio. und nochmal 100 Mio € Bundesmittel, Curevac 275 Mio. und der Bund stieg mit 300 Mio. € dort ein. Die Entwicklung der Impfstoffe ist risikolos gesichert über Abnahmegarantien, allein die BRD hat 3 Milliarden € für die Beschaffung eingestellt.

... parasitär ...

Und nun plötzlich, angelockt durch den Geruch des Goldes, das durch erfolgreiche Maßnahmen gegen die Pandemie winkt, boten sich die großen Pharmakonzerne den meist kleineren Firmen an, für das fertig entwickelte Produkt das Zulassungsverfahren mit Massentestungen in der ganzen Welt und die industrielle Großproduktion in ihren Werken zu übernehmen mit dem Ziel, Gewinn zu generieren und dies durch Patente abzusichern. So haben sich z.B. Biontec mit Pfizer und Curevac mit Bayer und Novartis u.a. verbunden.

Wer aber glaubt, dass sie wenigstens dies auf eigene Rechnung machten, weiß nicht, dass sie dafür weitere Zuschüsse in Millionenhöhe aus öffentlichen Mitteln einstrichen. Selbst für ihre ureigentliche Rolle als Industrieproduzent wollten sie noch öffentliches Geld. So forderte der Chef des Pharmariesen Sanofi, die EU müsse die Massenproduktion des Impfstoffes finanziell unterstützen, wenn sie seinen Impfstoff haben wolle. Mit Recht fragt sich die Zeitschrift Pharma-Brief, ob unter solchen Bedingungen eine staatliche Produktion nicht rentabler wäre (nachdem die Staaten ohnehin schon über 60% der gesamten Entwicklung bezahlt haben).

Und auf die großen Worte von der Leyens, Merckels und anderer, das der Impfstoff das universelle Gemeinschaftsgut der Menschheit sei und an allen Ecken der Welt zu bezahlbaren Preisen zugänglich sein soll, haben die Pharmakonzerne ihre eigene charakteristische Antwort:

... kriminell ...

In Südamerika wurden in großem Maßstab Massentests für die Zulassung der Impfstoffe in der Bevölkerung vorgenommen. Als nun solche

Länder Impfstoffe von Pfizer kaufen wollten, hat der Pharmariese ungeheuerliche Bedingungen gestellt, um sich von jeglicher Produkthaftung zu befreien, sogar von solcher aus eigener Fahrlässigkeit, und ihren Gewinn sicherzustellen, komme was da wolle. So sollten Staaten dem Konzern ihre Botschaftsgebäude und Militärbasen im Ausland oder Teile ihrer Nationalbankreserven und anderes als Sicherheiten überschreiben für den Fall, dass sie verklagt würden. Manche Länder ließen sich in der Not, an den lebensrettenden Impfstoff zu kommen, erpressen, Argentinien und Brasilien versuchten daraufhin woanders zu bestellen.

Und bei solchen Antworten können sich die Konzerne auf ihr „politisches Personal“ in den großen kapitalistischen Ländern verlassen. In einem internationalen Aufruf fordern über 100 zivilgesellschaftliche Organisationen aus 20 Ländern gemeinsam mit Ärzt*innen und Wissenschaftler*innen anlässlich der Covid-19-Pandemie die Aufhebung des Patentschutzes auf alle unentbehrlichen Medikamente. Indien und Südafrika haben diese Forderung auch in die WHO eingebracht, gefolgt von 38 Ländern, darunter auch EU-Länder – Deutschland zählt nicht dazu. Dabei gibt das Infektionsschutzgesetz in §§ 5 +13 ausdrücklich die gesetzliche Grundlage für

eine Aufhebung des Patentschutzes, doch Spahn und die Bundesregierung stellen sich schützend vor die Profite der Pharmakonzerne.

... tödlich ...

Wenn Universitäten weltweit an den Impfstoffen forschen, tauschen sie sich permanent aus, was in der Wissenschaft die Grundlage für schnelle und sichere Ergebnisse ist. Durch Patente wird diese Quelle dicht gemacht und die Forschung behindert. Patente töten Menschen!

Wenn die Menschen die für ihre Gesundheit benötigten Medikamente für das von ihnen bezahlte Geld auch erhalten wollen, dann sind sie darauf angewiesen, die Parasiten zu verjagen, d.h. die Arzneimittelproduktion der kapitalistischen Verwertung zu entziehen und die Pharmakonzerne zu vergesellschaften, denen die Gesundheit der Bevölkerung völlig egal ist und die nur ihren Profit daraus ziehen wollen.



Kämpfer gegen die Armut?

Zu den neuen Hartz IV Reformvorschlägen der SPD

Die SPD hat durch ihre beiden Minister Hubertus Heil (Arbeit und Soziales) und Olaf Scholz (Finanzen) einen Plan vorgelegt, den Mindestlohn auf 12,00 Euro zu erhöhen und zu unterbinden, dass Zulagen, wie bei Sonntagsarbeit, auf den Mindestlohn angerechnet werden. Außerdem soll das Armutsgesetz Hartz-IV reformiert werden, indem ein paar der unwürdigsten Sanktionen abgemildert werden. Von Abschaffung der Sanktionen ist nichts zu hören. Die SPD setzt auf ‚Respekt für Arbeit‘, was immer das auch heißen mag. Respekt scheint neuerdings das Lieblingswort sozialdemokratischer Politik zu sein. In einer Broschüren, mit immerhin noch rotem Einband und dem Titel „DAS ZUKUNFTSPROGRAMM“ (Großbuchstaben sind von Original übernommen) kommt das Wort Respekt 29-mal vor. Mehr Floskel geht nicht! Selbst Medien wie der ‚Fokus‘ lästern: „SPD muss sich entscheiden - zwischen Hipster-Akademiker und Frau an der Aldi-Kasse“. Sie hat sich doch schon lange entschieden - gegen die Frau an der Aldi-Kasse. Sie hat Hartz-IV erfunden und durchgesetzt, sie hat Deutschland in ein Billiglohnland gewandelt, sie hat in den Kommunen die Privatisierung der Krankenhäuser betrieben, genau wie CDU, FDP und Grüne. Jetzt mal wieder ein wenig links blinken wird die Erfahrung der Menschen mit der Sozialabbau-Politik nicht aufheben.

Es ist ja recht und gut den Mindestlohn erhöhen zu wollen und die Reichen ein paar Euro mehr Steuern zahlen lassen zu wollen. Die SPD hätte in der laufenden Legislaturperioden und den davor liegenden dies längst umsetzen können, zur Not mit Druck von der Straße, wenn der Koalitionspartner nicht will. Eine Kampfansage an den Sozialabbau oder gar den Kapitalismus sind die neuen SPD-Vorschläge nicht. Bei all dem, was diese Partei in der Vergangenheit versprochen hat, klingt das wie blechernes Getöse, alleine um der Partei ‚Die Linke‘ zwei Prozentpunkte abzujagen.

Am Unterschied zwischen arm und reich ändert sich dadurch nichts. Es ist sozialdemokratische Salbe und vielleicht sogar die Sorge um die verbliebenen sozialdemokratischen Wählerin-

nen und Wähler, die hautnah erleben, dass ihre Jobs in Gefahr geraten und erkennen müssen, dass sie als Soloselbständige sehr schnell zu den Hartz-IV-Empfängern gehören. Die außerdem ahnen, dass die Verhältnisse für die unteren 90% ‚nach Corona‘ schrecklicher sein werden als ‚vor Corona‘. Mit der bisherigen und der übertünchten Harz-IV Praxis ist der soziale Riss in der Gesellschaft nicht zu kitten. Zu offensichtlich ist es im letzten Jahr geworden, dass der Kapitalismus und die bürgerliche Politik keine Perspektive mehr bieten, für all diejenigen, die tag täglich abhängig von Unternehmern arbeiten müssen und selbst die Kleingewerbetreibenden und (Schein-)Selbständigen von den Monopolen einfach weggewischt werden. Börsianer sprechen höhnisch von ‚notwendiger Marktberreinigung‘.

Die Vorschläge der SPD verschleiern den Blick auf das eigentliche Übel, den Kapitalismus. Wir Kommunisten wissen, dass die gesellschaftlichen Kräfte für den notwendigen Systemwechsel zum Sozialismus derzeit nicht ausreichen. Deshalb stellen auch wir Forderungen auf, die das System noch nicht umkehren, aber substantielle Verbesserungen bringen: Im Leitantrag der DKP des 23. Parteitages heißt es: „Im Verhältnis zu seiner hohen Produktivität ist Deutschland ein Niedriglohnland. Neben dem Kampf um Löhne und Gehälter und einen gesetzlichen Mindestlohn von 15 Euro ist der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit das entscheidende Kampffeld, um dieses Verhältnis zu ändern. Die DKP setzt sich für eine Arbeitszeitverkürzung auf zunächst 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein. ... und wir setzen uns ein für die sofortige Erhöhung der Renten auf mindestens 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens, ein Absenken des Renteneintrittsalters, eine Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, die Angleichung der Ost- an die West-Renten sowie eine weitaus größere Beteiligung des Kapitals an der Finanzierung.“ Mit Respekt-Rente, Respekt-Arbeit, einer Respekt-Gesellschaft und einem respektvollen Zusammenhalt, wie es im oben erwähnten SPD-Programm heißt, ändert sich nichts.

Deutsche Weltmacht-Fantasien in Fernost

Stellungnahme der SDAJ zu den Indo-Pazifik Leitlinien der Bundesregierung

Kriegsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer behauptet, dass die Indo-Pazifik Region zur Arena globalem Kräfteressens geworden sei und Deutschland dort seine Position markieren müsse. Denn schließlich hätten auch „wir“ dort Interessen. Gegen Ende letzten Jahres beschloss die Bundesregierung nun Leitlinien für den Indo-Pazifik. Was AKK mit ihrer Aussage zum globalen Kräfteressens meint ist vor allem das Verhältnis zwischen den USA und China.

Für das deutsche Kapital sind diese Entwicklungen von größter Relevanz, denn die größten Handelspartner der deutschen Industrie sind ausgerechnet die USA und China. Das deutsche Kapital steht zwischen den Stühlen. Auf der einen Seite präsentiert sich der deutsche Imperialismus als Junior-Partner der USA im Kampf gegen den „systemischen Rivalen“ China. Auf der anderen Seite kann es nicht auf die Profite im Handel mit China verzichten. Tendenziell stellt sich der deutsche Imperialismus aber auf die Seite des US-Imperialismus.

Der deutsche Imperialismus möchte aber nicht abhängig von den USA sein und stellt sich teilweise gegen US-Ambitionen. Mit den Indo-Pazifik Leitlinien wurde das bekräftigt. Schon Mitte 2020 wollte die Bundesregierung eine Bundeswehr Fregatte zur Patrouille in den Indischen Ozean entsenden. Die Bundeswehr soll dort zusammen mit „gleichgesinnten Staaten“ arbeiten und Verbindungsoffiziere entsenden. Militärübungen mit Japan, Australien und Taiwan sind angedacht.

Die dennoch vorhandene (teilweise) Einigkeit mit den USA äußert sich vor allem in der aggressiven Hetze gegen den „systemischen Rivalen“ China. So wundert es nicht, dass sich die Indo-Pazifik Leitlinien an der US-amerikanischen „Free and Open Indo-Pacific“ Militärstrategie orientieren. Auch der deutsche Imperialismus versucht in direkter Nachbarschaft zu China Gegengewichte zu etablieren. Angefangen mit der oben erwähnten militärischen Zusammenarbeit, aber auch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten in der Region ist angedacht. Für die deutsche Bourgeoisie besonders verlockend: Möglicher Kapitaleexport in die Niedriglohnalternativen der Region.

Seit Jahren steigt der Rüstungshaushalt Deutschlands immer weiter an. Und selbst mitten in einer Pandemie, einer humanitären Katastrophe, in der das Geld im öffentlichen und gesundheitlichen Bereich an allen Ecken und Enden fehlt um den Menschen schnellstmöglich wieder ein gewöhnliches Leben zu ermöglichen, wird der Rüstungshaushalt um eine satte Milliarde erhöht. Auch der deutsche Imperialismus rüstet sich wieder für einen Krieg. Für die deutsche Marine bieten die Leitlinien vor allem Anlass mehr Kriegsschiffe und Aufrüstung zu fordern.

Allerdings gibt es noch einen weiteren entscheidenden Profiteur der Leitlinien: Die Rüstungsindustrie. Denn nicht nur für die deutsche Marine sind große Investitionen absehbar. Deutsche Rüstungskonzerne sollen nämlich vermehrt in den asiatischen und pazifischen Raum exportieren. Australien und Südkorea sind bereits jetzt wichtige Abnehmer deutscher Rüstungsgüter (Marine). Jetzt sollen allerdings noch mehr Länder in der Region in die „Ertüchtigungsinitiative“ einbezogen werden.

Auch wenn die militärische Beteiligung der Bundeswehr im Indischen und Pazifischen Ozean verglichen mit der US-amerikanischen Militäraggression verschwindend gering ist, müssen erneute Weltmachtbestrebungen des deutschen Imperialismus unbedingt auf das Schärfste bekämpft werden.

Auch wenn die Hauptkriegsgefahr nicht von Deutschland, sondern von den USA ausgeht, müssen wir die deutsche Bourgeoisie daran hindern weiter aufzurüsten und gegen China zu hetzen. Denn das führt nur zur weiteren Eskalation im gesamten Konflikt. Die Jugend in Deutschland muss sich entschieden und geschlossen gegen weitere Eskalationen stellen und für mehr Abrüstung kämpfen. Denn wir haben kein Interesse an Krieg und wollen auch nicht noch weitere Milliarden Euro im Militär verbrennen.



Pandemie - Das Chaos hat System - Die Krise heißt Kapitalismus

Seit Jahren ist die Möglichkeit einer Virus-Pandemie, wie wir sie erleben, bekannt. Das mögliche Ausmaß, Gefahren und die Betroffenheit der Menschen waren für ihr Eintreten berechnet. Die Notwendigkeit, das Gesundheitswesen auf eine Pandemie vorzubereiten, lag ebenso auf der Hand wie ihre Auswirkungen auf Schulen, Kindergärten und Gesundheitsämter. Getan wurde nichts.

Spätestens seit vergangenem Sommer war klar, dass mit einer zweiten Welle zu rechnen ist. Auch darauf gab es keine ausreichende Vorbereitung. Das Personal in den Gesundheitsämtern wurde nicht aufgestockt. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern bekamen Applaus, aber kaum mehr Personal und keine besseren Arbeitsbedingungen. Das Leben der Menschen wurde drastisch eingeschränkt, aber die Arbeit lief in den meisten Bereichen – keineswegs nur in den lebensnotwendigen – ungehindert weiter. Die Maßnahmen, die die Regierungen in Bund und Ländern ergreifen, sind völlig widersprüchlich. Sie setzen auf die langsame Schaffung einer sogenannten Herdenimmunität. Die Bundesregierung nimmt mit dieser Strategie tausende Tote billigend in Kauf.

Chaos im Bildungswesen?

Die Schulen sollen wieder öffnen. Obwohl im Sommer ausreichend Zeit gewesen wäre, sind sie darauf nicht vorbereitet. Zum Schutz von Lehrenden und Lernenden wurde kaum etwas getan. Die Klassen sind immer noch zu groß, um Abstandsregeln einzuhalten. Lüftungen wurden kaum angeschafft, vielfach lassen sich noch nicht einmal die Fenster der Klassenräume öffnen. Für das Home-Schooling fehlt immer noch Technik und Lehrerinnen und Lehrer sind nicht ausreichend damit geschult. Natürlich trifft das vor allem Kinder, die nicht aus reichen Haushalten kommen. Das Abhängen einer ganzen Generation von Kindern und Jugendlichen wird billigend in Kauf genommen.

Chaos in der Sozialpolitik?

Die Milliarden für Konzerne, wie Lufthansa oder Galeria-Kaufhof, flossen schnell. Selbst großen Unternehmen, die Arbeitsplätze abbauten oder ihren Aktionären Dividenden zahlten, wurde „unbürokratisch“ geholfen. Krankenhauskonzerne verdienten sich an der Pandemie eine goldene Nase.

Kleingewerbetreibende, Kulturschaffende, Gastronomen, Friseure warten bis heute vergeblich auf Hilfe. Viele gehen Pleite, weil ihre Kosten weiterlaufen. Hunderttausende haben ihre Minijobs verloren. Sie werden einfach vergessen. Millionen bezahlen sich selbst mit den Beiträgen, die sie in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Ihr Kurzarbeitergeld reicht oft nicht für die Miete. Die Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV sollen mit einer Einmalprämie von 150 Euro abgespeist werden, obwohl sie durch steigende Kosten zum Beispiel für Lebensmittel immer tiefer in die Armut rutschen. Ausgezahlt werden soll diese „Hilfe“ nicht vor Mai.

Chaos beim Impfen?

Mit großem Tamtam wurde der Impfbeginn im Dezember angekündigt. Noch immer kommt das Impfen kaum voran. Vor allem ältere Menschen werden allein gelassen. Dazu kommt die Verunsicherung über die unterschiedlichen Impfstoffe. Die Pharmakonzerne haben sich gerne bei öffentlichen Forschungsergebnissen bedient. Die Wirksamkeit ihrer Medikamente interessiert sie am Ende aber weniger als die Gewinnspanne. Die Gesundheitsämter sind nach wie vor völlig überlastet, statt zusätzlichem Personal bekommen sie die Bundeswehr in Kombination mit überhaselter Einführung einer neuen Software.

Chaos bei den Impfstoffen?

Reiche Länder kaufen die Impfstoffe auf, es entwickelt sich ein Impfstoffnationalismus. Das ist unmenschlich und verhindert einen umfassenden Kampf

gegen die Pandemie. So wird es über eine nicht abzuschätzende Zeit möglich sein, dass das Virus in Regionen mutiert, die nicht über genügend Impfstoffe verfügen. Das birgt die Gefahr einer massiven Verlängerung der Pandemie.

Chaos der bürgerlichen Demokratie?

Die Pandemie wird genutzt, um demokratische Rechte einzuschränken. Die Konferenz von Bundesregierung und Ministerpräsidenten und die Landesregierungen entziehen sich vielfach einer demokratischen Kontrolle. Statt sinnvolle und vermittelbare Maßnahmen gegen eine Ausbreitung des Corona-Virus durchzusetzen, werden Grundrechte außer Kraft gesetzt. Immer häufiger kommt die Bundeswehr im Innern zum Einsatz. Im Schatten der Pandemie wird die Hochrüstung vorangetrieben.

Das Versammlungsrecht wird massiv beschnitten, der Notstand dauerhaft erprobt. Mit Polizeiaufgabengesetzen und Neufassungen des Versammlungsrechts wird ein drastischer Angriff auf die demokratischen Rechte gefahren.

Das Chaos hat System – Die Krise heißt Kapitalismus

Das Chaos entsteht nicht, weil regierende Politiker unfähig oder dumm sind und Fehler machen. Das Chaos entsteht, weil die Interessen der Monopole, der Banken und Konzerne, weil ihr Konkurrenzkampf und das Profitprinzip das Handeln der Bundesregierung bestimmen. Das Chaos entsteht, weil eine kapitalistische Krise durch die Pandemie verstärkt wird und weil die Pandemie genutzt, wird um die Folgen der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. Das Chaos entsteht, weil die Bundesregierung Politik im Interesse des Monopolkapitals macht.

Die Situation schreit geradezu nach gesellschaftlichem Eigentum, nach gesamtgesellschaftlicher Planung, nach Transparenz und demokratischer Kontrolle.

Von dieser Einsicht wollen die Herrschenden ablenken. Sie vermitteln den Eindruck, dass wir selbst an der Verbreitung des Virus schuld seien, weil wir zu

viel feiern und zu undiszipliniert sind. Sie lassen uns darüber streiten, wie gefährlich das Virus denn nun tatsächlich ist oder ob wir Masken tragen sollen oder nicht.

Lassen wir uns weder ablenken noch spalten. Das Problem ist das Profitprinzip. Es ergibt sich daraus, dass Wenigen die Fabriken und Banken gehören und sie daraus Profit schlagen, während viele arbeiten und damit die Werte schaffen. Das Profitprinzip lässt nicht zu, dass

- das Gesundheitswesen ausschließlich unserer Gesundheit dient
- das Bildungswesen sich daran orientiert, allen Kindern und Jugendlichen die optimale Bildung zu vermitteln
- die Pharmaindustrie Impfstoffe im Interesse aller Menschen auf der Erde entwickelt, testet und produziert
- Kleinbetriebe und Selbständige nicht zu Gunsten der Banken und Konzerne geopfert werden
- unsere demokratischen Rechte ausgebaut werden.

Das Profitprinzip führt dazu, dass

- in Krise und Pandemie die Armen ärmer und die Reichen reicher werden
- statt in Soziales in Rüstung investiert wird.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten sagen: Die Überwindung von Profitprinzip und Kapitalismus ist nötig. Darum kämpfen wir für den Sozialismus.

(aus: DKP Info, https://dkp.de/wp-content/uploads/themenflyer/DKP-Info_Corona_2021.pdf)



Impressum // Deutsche Kommunistische Partei Karlsruhe (Hrsg.) // E-Mail: dkp.karlsruhe@gmx.de
www.dkp-karlsruhe.de // www.facebook.com/DKP.Karlsruhe // <https://dkp.de> // www.unserezeit.de // V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig, Markgrafenring 10, 76703 Münzesheim //

Universitäten forschen für den Krieg

Wirksame Zivilklausel! Kein „dual use“! Verbot von Rüstungskonzernen und Militär an Hochschulen!



Krieg erfolgt mit #Panzern, #Gewehren, #Flugzeugen und in der aktuellen Zeit mit #Drohnen, die Tod und Vernichtung schaffen. Doch der Anfang dieses Elends ist versteckt, er besteht in der Forschungsarbeit für die eingesetzte Technologie.

Lehreinrichtung, deren Arbeit nach eigenen Grundsätzen „dem Erkenntnisgewinn, dem nachhaltigen Nutzen für die Menschheit und dem Schutz der Umwelt dienen sowie friedliche Zwecke verfolgen“ soll.

Dies löste zurecht Protest und Empörung in der Studierendenschaft aus. In einer Urabstimmung von 2009 sprach sie sich mehrheitlich für eine #Zivilklausel aus, das heißt eine Selbstverpflichtung der Universität, ausschließlich für friedliche Zwecke zu forschen. Ungeachtet des ausdrücklichen Wunsches der Studierendenschaft geschah dies nicht.

Das #Pentagon und #Rüstungsunternehmen investieren in diese Forschung, seit 2008 sind 21,7 Millionen US-Dollar vom Pentagon an deutsche Universitäten geflossen, aber auch Rheinmetall und andere Waffenkonzerne sind an öffentlicher Forschung interessiert. Deutsche Universitäten entwickelten Strategien für den illegalen Krieg in #Afghanistan und unterstützen somit direkt US- imperialistische Vorhaben, teils mit Geldern aus öffentlicher Hand.

Doch auch trotz der an manchen Hochschulen bereits geltenden Zivilklausel, kommt es teilweise zum Missbrauch der Forschungsergebnisse für militärische Absichten. Denn es gibt bei manchen Projekten das Problem des „dual use“. Hierbei wird ein Forschungsprojekt gestartet, welches zwar für außer militärische Zwecke gedacht ist, aber auch für solche genutzt werden kann und wird.

Auch das #KIT ist keine Ausnahme, im Zeitraum von 2003 bis 2014 fanden hier fünf Pentagon- Projektaufträge im Umfang von knapp 1 Mio. € statt. Dies ist absolut inakzeptabel für eine Forschungs- und

Daher fordern wir eine umfassende Zivilklausel an deutschen Universitäten, die auch keinen Freiraum für „dual use“ Pentagonprojekte lässt und ein Verbot von Rüstungskonzernen und Militär an Hochschulen!

(übernommen von: Bündnis „Jugend gegen Krieg“)

DKP - Für uns ist Frieden nicht nur eine Wahlkampffloskel!

Zu neuem Kampf, zu neuen Erfolgen!

Aufruf KPD aus dem Jahr 1958

Unseren Kampf denen, die Deutschland friedlos machen, den Feinden des Volkes, den Unterdrückern und Ausbeutern!

Unsere Hand allen Klassengenossen, den sozialdemokratischen Brüdern, den christlichen Arbeitern!

Unsere Hand den werktätigen Bauern, den Handwerkern, den Wissenschaftlern und Künstlern!

Unsere Hand jedem Freund des Friedens!

Vorwärts, Genossen! Festigt die Reihen der Partei!

Friede, Demokratie und Sozialismus!